

Lärmgutachten soll in Auftrag gegeben werden

Ausschuss spricht über Verkehrsberuhigung für Badenermoor – Ein Überholverbot wird geprüft

VON KAI PURSCHKE

Achim. Es wurmt die Bürger aus Badenermoor offensichtlich, dass eine Reduzierung der Höchstgeschwindigkeiten auf ihrer Ortsdurchfahrt und die damit einhergehende Steigerung ihrer Sicherheit offenbar und allenfalls nur über den Lärmschutz als Mittel zum Zweck zu erreichen sind. Wie berichtet, geben weder die baulichen Straßenverhältnisse noch die Unfallzahlen es her, das erlaubt Höchsttempo herabzusetzen. Mit einem Verkehrsmengen- und einem Lärmberechnungsgutachten könnte zumindest die Chance bestehen, dass Autos und Lkw den Ort nach 22 Uhr nur mit Tempo 30 statt wie jetzt mit 50 durchqueren dürfen. „Es kann aber auch herauskommen, dass ein Haus mit Lärmschutzmaßnahmen geschützt werden muss“, merkte der Erste Stadtrat Bernd Kettenburg an und erntete ein Raunen von den Zuschauerrängen,

auf denen mehr als 20 Menschen – offenbar überwiegend aus Badenermoor – Platz genommen hatten.

Dass die Gutachten in Auftrag gegeben werden sollen, dafür hat sich der Ausschuss für Verkehr jetzt mehrheitlich ausgesprochen, etwa 15 000 Euro dürften sie kosten. Lediglich Karl-Heinz Lichter (CDU), der dagegen votierte, und Marco Vagt (CDU), der sich enthielt, sind nicht bereit, dieses Geld auszugeben – obwohl die CDU sich bisher als federführende Fraktion in dieser Frage und für den interfraktionellen Antrag gezeigt hatte.

Bernd Kettenburg klärte die Politiker und die Bürger darüber auf, dass die rechtsstaatlichen Prinzipien auch für Badenermoor gelten und die Straßenverkehrsordnung für die Stadt Achim bindend sei. Daher könnten keinesfalls die Ortsschilder versetzt werden, um den Tempo-50-Bereich auszuweiten und auch könne Achim das Höchsttempo nicht eigen-

mächtig heruntersetzen. „Dafür brauchen wir haltbare und rechtssichere Begründungen“, erklärte Kettenburg. Applaus von den Bürgern bekam WGA-Chef Wolfgang Heckel, als er auch verkehrsberuhigende Maßnahmen für Badenerholz forderte, wo er selbst lebt. Peter Bartram (Grüne) regte an, „kreativ zu sein“, und etwa die Ortsdurchfahrt baulich an einer Stelle einzuengen mit einer Verkehrsinsel. Ein Anwohner schlug als bisher neue Idee vor, außerhalb der Ortschaft wenigstens ein Überholverbot zu verhängen – das will die Stadtverwaltung nun prüfen.

Als weitere Aktion im Sinne der Bürger soll der Landkreis Verden in Badenermoor öfter Geschwindigkeiten kontrollieren zu den Zeiten, die bei eigenen Verkehrszählungen als hochfrequentiert eingestuft wurden, und es sollen in beide Richtungen Hinweistafeln aufgestellt werden, die den Autofahrern ihre Geschwindigkeit anzeigen.